



Rechtsordnung Des Landessportbundes Rheinland-Pfalz

A. Allgemeines

§ 1

- I. Die Gerichtsbarkeit innerhalb des Landessportbundes Rheinland-Pfalz (LSB) wird durch dessen **Schiedsgericht (SchG)** ausgeübt. ***Das Schiedsgericht besteht aus drei Beisitzer/innen und einem/er Stellvertreter/in, die von der Mitgliederversammlung gewählt werden. Der/Die Vorsitzende des SchG wird vom Präsidenten/von der Präsidentin des OVG Koblenz oder dessen Stellvertreter/in im Amte berufen. Er/Sie muss die Befähigung zum Richteramt besitzen. Bei Ausscheiden oder Verhinderung eines Mitgliedes des Schiedsgerichts rückt der Stellvertreter nach.***
- II. ***Die Mitglieder des Schiedsgerichts sind bei ihrer Entscheidung an die Satzung und Ordnungen des LSB, im Übrigen an das geltende Recht, gebunden. Soweit in der Satzung und in den Ordnungen des LSB keine andere Regelungen getroffen sind, gelten für das Schiedsgerichts-Verfahren die Vorschriften der Zivilprozessordnung entsprechend.***

§ 2

- I. Dem **Schiedsgericht** obliegen insbesondere folgende Aufgaben:
 1. Schlichtung von Streitfällen sowie Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mitgliedern des LSB;
 2. Ahndung von Zuwiderhandlungen gegen Bestimmungen der Satzung des LSB und seiner Organe sowie gegen Anordnungen und Beschlüsse des LSB;
 3. Entscheidung über die Einleitung von Verfahren bei Verfehlungen, die dem Ansehen des LSB, seiner Organe und deren Mitglieder schaden.
- II. Abs. 1 gilt nicht, wenn ein Ehrengericht des Verbandes, dem die Beteiligten angehören, mit der Entscheidung in derselben Sache befasst ist.

§ 3

- I. Das **Schiedsgericht** wird auf Antrag tätig. Antragsberechtigt sind die Mitglieder und die Organe des LSB.
- II. Verfahren können nur innerhalb einer Frist von drei Monaten, **durch Antrag bei der Geschäftsstelle des LSB**, anhängig gemacht werden. Die Frist beginnt mit dem Tage, an dem der Antragsteller von dem Sachverhalt Kenntnis erlangt. Ohne Rücksicht hierauf beträgt die Verjährungsfrist ein Jahr.
- III. Anträge auf Einleitung eines Verfahrens sind schriftlich einzureichen und zu begründen. Sie sind an den Vorsitzenden des Schiedsgerichts über die Geschäftsstelle des LSB zu richten. Etwaige Beweismittel sind anzugeben.
- IV. Der Vorsitzende stellt den Antrag dem Antragsgegner unverzüglich zu, mit der Aufforderung, sich binnen einer von ihm zu bestimmenden angemessenen Frist zu äußern. Gehört ein Beteiligter einem Sportbund oder einem Fachverband an, so ist auch diesem Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- V. Die Durchführung des Verfahrens ist von der Einzahlung eines Kostenvorschusses der antragstellenden Partei abhängig. Der Kostenvorschuss wird vom Vorsitzenden des Schiedsgerichts festgesetzt. Er darf **1.500,- €** nicht unterschreiten.

B. Grundsätze für das Verfahren, die Entscheidung und Strafen

§ 4

- I. Die Ermittlungen erfolgen durch den Vorsitzenden oder ein von ihm beauftragtes Mitglied des Schiedsgerichtes.
- II. Die Mitglieder des Präsidiums und der Ausschüsse des LSB, der Sportbünde, der Fachverbände sowie der ihnen angeschlossenen Vereine sind verpflichtet, alle erbetenen Auskünfte zu erteilen und Einsicht in vorhandene Unterlagen zu gewähren.

§ 5

- I. Ladungen zur mündlichen Verhandlung haben durch eingeschriebenen Brief unter Einhaltung einer Frist von einer Woche zu erfolgen. Die Frist beginnt mit dem dritten Tage nach Aufgabe zur Post.
- II. Die Beteiligten sind in der Ladung darauf hinzuweisen, dass in ihrer Abwesenheit verhandelt werden kann.

§ 6

- I. Vor der ersten mündlichen Verhandlung erfolgt die Entscheidung, welche Zeugen zu laden sind, nach pflichtgemäßem Ermessen des Vorsitzenden.
- II. Geladene Zeugen sind zum Erscheinen verpflichtet. Ihre Entschädigung richtet sich nach der Reisekostenordnung des LSB.
- III. Zeugen, die trotz ordnungsgemäßer Ladung unentschuldigt fernbleiben, werden die durch ihr Ausbleiben verursachten Kosten auferlegt.
- IV. Die Vernehmung der Zeugen hat einzeln und in Abwesenheit der später zu hörenden Zeugen zu erfolgen.

§ 7

- I. Der Vorsitzende leitet die Verhandlung. Beweise werden in der mündlichen Verhandlung aufgrund eines Beschlusses erhoben.
Zulässige Beweismittel sind:
 1. Inaugenscheinnahme,
 2. Urkunden,
 3. Zeugen,
 4. Sachverständige.
- II. In einer mündlichen Verhandlung präsente Beweismittel sind zuzulassen.

§ 8

- I. Ein Mitglied **des Schiedsgerichts** ist von der Mitwirkung am Verfahren ausgeschlossen, **falls**
 1. es selbst, sein Fachverband oder sein Verein Beteiligter ist,
 2. es sich selbst für befangen erklärt.

Bei Meinungsverschiedenheiten hierüber entscheidet **das Schiedsgericht** ohne die Stimme des betroffenen Mitgliedes.

- II. Darüber hinaus kann ein Mitglied **des Schiedsgerichts** von einem Beteiligten wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden.
- III. Steht die Befangenheit eines Mitgliedes des Schiedsgerichts fest, so gilt **§ 1 Abs. 1** für den nachrückenden Stellvertreter entsprechend.

§ 9

- I. Die Entscheidung erfolgt nach Lage der Akten ohne mündliche Verhandlung, es sei denn, der Vorsitzende ordnet sie an oder ein Beteiligter beantragt sie.
- II. Die mündliche Verhandlung auf Antrag vor dem **Schiedsgericht** kann von der Einzahlung eines kostendeckenden Vorschusses abhängig gemacht werden.
- III. Die Mitglieder entscheiden mit einfacher Stimmenmehrheit **der abgegebenen Stimmen**. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Stimmenthaltung **gilt als nicht abgegebene Stimme**.

§ 10

- I. Im Falle mündlicher Verhandlung wird die Entscheidung nach geheimer Beratung mit einer kurzen mündlichen Begründung verkündet. Sie hat eine Bestimmung darüber zu enthalten, wer die Kosten des Verfahrens trägt. Bei mehreren Beteiligten können die Kosten untereinander aufgeteilt werden.
- II. Die schriftliche Entscheidung ist mit Begründung den Beteiligten innerhalb eines Monats durch eingeschriebenen Brief zuzustellen.

§ 11

- I. Entscheidungen des Schiedsgerichts sind endgültig. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.
- II. Für die Wiederaufnahme des Verfahrens gelten die Bestimmungen der Strafprozessordnung.

§ 12

- I. Über die mündliche Verhandlung ist eine Niederschrift aufzunehmen.
- II. Diese muss enthalten:
 1. Ort und Tag der Verhandlung;
 2. die Namen der bei der Verhandlung anwesenden Mitglieder;
 3. die Namen der erschienenen Beteiligten und Bevollmächtigten;
 - a. eine gedrängte Darstellung des Verlaufs der Verhandlung;
 - b. die genaue Bezeichnung der gestellten Anträge;
 - c. die Entscheidung.
- III. Der Vorsitzende bestimmt den Protokollführer.

- IV. Die Niederschrift ist vom Verhandlungsleiter und Protokollführer zu unterzeichnen.

§ 13

- I. **Das Schiedsgericht** kann folgende Strafen aussprechen:
1. Verwarnung;
 2. Verweis;
 3. Geldstrafen:
 - a) bei Einzelpersonen bis zu **500,- €**
 - b) bei Vereinen oder Verbänden bis zu **1.000,- €**;
 4. Zeitliche oder dauernde Amtsunwürdigkeit;
 5. Veranstaltungssperre;
 6. Ausschluss.
- II. Strafen gemäß Abs. 1 Nr. 4-6 sind in den amtlichen Organen des LSB, der Sportbünde und der Fachverbände zu veröffentlichen.

C. Vorläufiger Rechtsschutz

§ 14

- I. Jede Partei kann während eines anhängigen Schiedsgerichts-Verfahrens den Erlass vorläufigen Rechtsschutzes beantragen. Das Schiedsgericht kann befristet, längstens bis zu einer endgültigen Entscheidung in der Sache, eine vorläufige Entscheidung treffen, wenn glaubhaft gemacht wird, dass eine solche Entscheidung zur Verhinderung wesentlicher Beeinträchtigungen der Rechte der Partei oder zur Verhinderung wesentlicher Nachteile für diese erforderlich ist.
- II. Das Schiedsgericht soll vor Erlass einer vorläufigen Entscheidung der anderen Partei Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Es kann die vorläufige Entscheidung vor der endgültigen Entscheidung wieder aufheben.
- III. In allen Fällen kann der Vorsitzende des Schiedsgerichts vorläufigen Rechtsschutz gewähren. Seine Entscheidung kann durch ihn oder das Schiedsgericht abgeändert werden.

D. Gnadenrecht

§ 15

- I. Alle Strafen können auf Antrag im Gnadenwege erlassen oder herabgesetzt werden.
- II. Für den Gnadenerweis ist das Präsidium des LSB zuständig. Es hat vor seiner Entscheidung den Vorsitzenden *des Schiedsgerichts* anzuhören.

E. Schlussvorschriften

§ 16

- I. Die Rechtsordnung wurde vom Präsidium des LSB in der Sitzung vom 23. August 1977 beschlossen und **zuletzt geändert am 7. Mai 2013.**
- II. Sie tritt mit diesem Tage in Kraft.